

#7

Bern, 20. November 1989

**An die Redaktionen der
schweizerischen Medien**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Konferenz der kantonalen Militärdirektoren, der die Vorsteher der Militärdirektionen und -departemente aller Kantone unseres Landes angehören, stellen wir Ihnen beiliegend ein Pressecommuniqué zu einem Aufruf der Konferenz betreffend die Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" zu. Das Communiqué ist von sämtlichen Mitgliedern unserer Konferenz gutgeheissen worden. Für den Abdruck oder eine elektronische Verbreitung in Ihren Medien sind wir Ihnen dankbar.

Wir freuen uns, wenn Sie unserem Anliegen Beachtung schenken und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

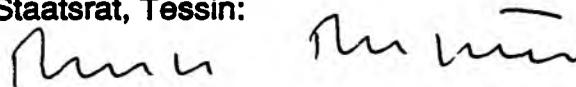
./ ...

**FUER DIE KONFERENZ DER KANTONALEN
MILITAERDIREKTOREN:**

Jean-François Leuba, Staatsrat, Waadt:



Renzo Respini, Staatsrat, Tessin:



Peter Schmid, Regierungsrat, Bern, Präsident:



Beilagen: Communiqué und Zusammenfassung

PRESSECOMMUNIQUE

(Kurzfassung)

Initiative für eine Schweiz ohne Armee:

Dringlicher Aufruf der Konferenz kantonaler Militärdirektoren

Vor der Volksabstimmung vom kommenden Sonntag hat die Konferenz kantonaler Militärdirektoren Mitbürgerinnen und Mitbürger in einem dringlichen Aufruf aufgefordert, mit einem "Nein" zu bezeugen, dass sie weiterhin zu ihrem Staat und seiner Armee stehen. Eine Schweiz ohne Armee würde früher oder später als unabhängiger Staat verschwinden, betont die Konferenz unter anderem. Angesichts der strategischen Bedeutung der Schweiz innerhalb Europas komme die Abstimmung einem Beweis für den Verteidigungswillen des Schweizervolkes gegenüber einer auch in Zukunft möglichen militärischen Bedrohung gleich. Heute wie morgen bleibe die Armee eine tragende Säule unserer Sicherheitspolitik. Ein Staat, der seine Unabhängigkeit glaubwürdig verteidigen wolle, verfüge über keinerlei Mittel, die sich in ihrer Wirksamkeit mit der Armee vergleichen liessen, unterstreicht die Konferenz der 26 Vorsteher kantonaler Militärdirektionen und -departemente.

Mit der Abschaffung der Armee - die eine reine Verteidigungsarmee ist - verlöre die Schweiz weltweit Vertrauen und Achtung, was unseren Staat und mit ihm seine Bevölkerung hart treffen würde. Andererseits ist die Militärdirektorenkonferenz der Ueberzeugung, dass unsere bewaffnete Neutralität jedermann daran hindern soll, sich auf Schweizer Gebiet einen Vorteil zu sichern. Voraussetzung einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik ist somit die Armee.

Als Militärdirektoren der Kantone erachten es die Verfasser des Aufrufs als ihre Pflicht, Mitbürgerinnen und Mitbürger auf die ausserordentliche Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung hinzuweisen. Unsere Form der Demokratie, die Neutralität, der Föderalismus, die verfassungsmässigen Freiheiten, das Sozialgefüge und der hohe Lebensstandard bilden nach ihrer Auffassung keine Selbstverständlichkeiten: Sie sind erhaltens- und schützenswert.

A U F R U F
DER KONFERENZ DER KANTONALEN MILITAERDIREKTOREN
ZUR INITIATIVE

"Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik"

Das Schweizervolk ist am 26. November 1989 aufgerufen, sich an der Urne zur Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" zu äussern. Als zuständige Militärdirektoren der kantonalen Exekutiven erachten wir es als unsere Pflicht, die Mitbürgerinnen und Mitbürger auf die ausserordentliche Bedeutung dieser Entscheidung hinzuweisen.

Jede Bürgerin und jeder Bürger muss wissen, dass es wegen der strategischen Bedeutung der Schweiz innerhalb Europas **um den Verteidigungswillen des Schweizervolkes und damit um die Zukunft unseres Landes als unabhängiger Staat geht.** Falls Volk und Stände die Initiative annähmen, bedeutete dies, die Schweiz finde sich nicht mehr bereit, ihr Staatsgebiet notfalls militärisch zu verteidigen.

Unsere bewaffnete Neutralität, der wir uns verpflichtet fühlen, bezweckt, jedermann daran zu hindern, sich auf Schweizer Gebiet einen Vorteil zu sichern, um von da aus Europa wirtschaftlich oder militärisch zu beherrschen. **Voraussetzung einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik ist die Armee.** Sie trägt dank ihren Aufgaben und ihrer Ausgestaltung, die sich kaum mit anderen Heeren vergleichen lassen, wirkungsvoll dazu bei, den Frieden auf unserem Kontinent zu erhalten.

Die Voraussetzungen für die Abschaffung der Armee sind nicht gegeben, und die Initiative ist abzulehnen, weil

- **uns niemand garantiert, dass unser Land in aller Zukunft vor einer Bedrohung verschont bleiben wird,**
- **keine anderen Mittel als die Armee tauglich sind, einen militärischen Aggressor abzuwehren,**
- **unsere Armee nicht chancenlos ist,**
- **wir viel zu beschützen haben.**

Anzunehmen, die Schweiz werde nie militärisch bedroht, würde bedeuten, die Wirklichkeit zu verkennen. Im Bedrohungsfall zählt der Zeitfaktor. So wie sich eine bewaffnete Verteidigung nur auf lange Sicht planen, entwickeln und unter-

halten lässt - wir erinnern an die Materialbeschaffung, die Ausbildung der Truppen, den Festungsbau -, so ist die Bedrohung ebenfalls langfristig einzuschätzen und ausgehend von der heutigen Bedrohungslage nach den Gefahren von morgen und übermorgen zu fragen. Die Geschichte zeigt, dass niemand vor Ueberraschungen geschützt ist. **Es wäre eine Illusion zu glauben, die Schweiz sei in Gegenwart und Zukunft keinen Gefahren im Sinne militärischer Bedrohung mehr ausgesetzt.**

Ein Staat, der seine Unabhängigkeit glaubwürdig verteidigen will, verfügt über keine mit der Wirksamkeit einer Armee vergleichbaren Mittel. Ohne Armee bieten sich ihm nur zwei Möglichkeiten:

- Entweder vertraut er seine Verteidigung mehr oder weniger freiwillig einem anderen Staat an, was für die Schweiz - selbst die Initianten schlagen dies nicht vor - das Ende der Neutralität hiesse;
- oder aber er versucht, sich durch bürgerlichen Ungehorsam und passiven Widerstand gewaltlos zu verteidigen und wählt damit, wie Beispiele zeigen, eine auf die Dauer untaugliche Widerstandsform.

Trotz des enormen nuklearen Arsenalts scheint im Falle kriegerischer Ereignisse die Gefahr eines konventionellen Krieges am wahrscheinlichsten. Dafür ist **die Schweizer Armee** in unserem günstigen Gelände gerüstet und dank dem Milizsystem stark. **Sie ist heute und bleibt auch morgen eine tragende Säule unserer Sicherheitspolitik.**

Selbst die Initianten behaupten nicht, das Schweizervolk habe keine Werte zu schützen. **Unsere Form der Demokratie, die Neutralität, der Föderalismus, die verfassungsmässigen Freiheiten, das Sozialgefüge und der hohe Lebensstandard bilden keine Selbstverständlichkeiten. Sie sind erhaltens- und schützenswert.**

Dass die Schweiz eine Armee unterhält, bedroht niemanden. **Unsere Armee dient einzig der Verteidigung** unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unseres Staatsgebietes.

Mit der Abschaffung der Armee verlöre die Schweiz weltweit Vertrauen und Achtung. Dies träfe unseren Staat und mit ihm unsere Bevölkerung hart.

Unsere Armee leistet einen unabdingbaren Beitrag zur Friedenssicherung und im Fall ziviler Grosskatastrophen wertvolle Hilfeleistung. Auf beides kann nicht

verzichtet werden.

Aus echter Sorge um den Fortbestand der Schweizerischen Eidgenossenschaft rufen wir die Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, am 26. November 1989 den Weg zur Urne nicht zu versäumen und mit

**einem NEIN zur Initiative zu bezeugen,
dass sie weiterhin zu ihrem Staat und zu seiner Armee stehen.**

Militärdirektoren und Departementsvorsteher der Kantone:

Regierungsrat Hans Hofmann, ZH
Regierungsrat Peter Schmid, BE
Schultheiss Robert Bühler, LU
Regierungsrat Peter Mattli, UR
Regierungsrat Paul Brandenberg, SZ
Regierungsrat Anton Wolfisberg, OW
Regierungsrat Edi Engelberger, NW
Regierungsrat Emil Fischli, GL
Landammann Dr. Urs Kohler, ZG
Regierungsrat Raphaël Rimaz, FR
Landammann Dr. Max Egger, SO
Regierungsrat Karl Schnyder, BS
Regierungsrat Dr. Clemens Stöckli, BL
Regierungsrat Ernst Leu, SH
Regierungsrat Hanswalter Schmid, AR
Zeugherr Hans Breu, AI
Regierungsrat Alex Oberholzer, SG
Regierungsrat Dr. Reto Mengiardi, GR
Regierungsrat Peter Wertli, AG
Regierungsrat Dr. Philipp Stähelin, TG
Regierungsrat Renzo Respini, TI
Regierungsrat Jean-François Leuba, VD
Staatsrat Richard Gertschen, VS
Regierungsrat Jean Cavadini, NE
Regierungsrat Pierre Wellhauser, GE
Minister François Lachat, JU